

TITELSEITE

Bundesrat verliert Unterstützung im Kampf gegen hohe Generikapreise

Gesundheit - Der Bundesrat will mit einer Reihe von Massnahmen die Kosten im Gesundheitswesen in den Griff bekommen. Dazu gehört insbesondere das umstrittene Referenzpreissystem für Generika. Gesundheitsminister Alain Berset rechnet mit Einsparungen von 300 Millionen bis 500 Millionen Franken pro Jahr.

Generika kosteten in der Schweiz etwa doppelt so viel wie im Ausland. Ein Höchstpreis soll Abhilfe schaffen. Ist ein Medikament teurer, müssen die Patienten die Differenz selber zahlen. Das neue System ist jedoch stark umstritten. Eine Allianz aus Pharmabranche, Ärzteschaft und Apothekern warnt vor schlechteren Therapien, steigendem Medikamentenverbrauch und weniger Versorgungssicherheit. Nun erwächst auch Opposition der Krankenversicherer. Das vorgeschlagene Modell sei kompliziert und bürokratisch.

INLAND SEITE 4

Halbherziger Angriff auf Generikapreise

Der Bundesrat will bei Medikamenten 300 bis 500 Millionen Franken sparen. Doch dem Unterfangen fehlt zunehmend die Unterstützung.

Anna Wanner

Generika sind in der Schweiz nicht nur doppelt so teuer als in vergleichbaren Ländern, sie werden auch deutlich seltener verkauft. Deutsche Ärzte und Apotheker geben in mehr als 80 Prozent der Fälle Generika ab, die Schweiz kommt auf etwas über 20 Prozent. Da sich Generika in der Wirkung nicht vom Original unterscheiden, liegt im Preis der einzige Unterschied. Laut Bundesrat lassen sich 300 bis 500 Millionen Franken an Medikamentenkosten sparen, indem häufiger und günstigere Generika verkauft würden. Gestern erklärte Gesundheitsminister Alain Berset, wie er das umsetzen will.

Wer an Medikamenten verdient, ist dagegen

Seine Lösung heisst Referenzpreissystem. Das bedeutet: Für Medikamente mit identischem Wirkstoff legt der Bundesrat einen Referenzpreis fest. Die Krankenkassen müssen künftig nur noch diesen Preis vergüten. Wählt ein Patient das teurere Medikament, muss er den Aufpreis selber bezahlen.

Ob die Vorlage des Bundesrats je Realität wird, ist jedoch fraglich. Die Opposition wächst. Die Pharmabranche wehrt sich naturgemäss gegen sinkende Medikamentenpreise. Aber auch Ärzte, Apotheker und Spitäler erklärten ihre Ablehnung gegen das Modell. Böse Zungen behaupten, dass jeder, der an Medikamentenverkäufen verdient, tiefere Preise ablehne. Doch ganz so einfach ist es dann doch nicht.

Ist das Modell überhaupt praktikabel?

Einerseits sorgen sich einzelne Konsumentenverbände um die Versorgungssicherheit. In der Schweiz werden auch deshalb so wenig Generika verkauft, weil es überhaupt wenige Anbieter gibt. Der Markt ist klein, die Auflagen für die Zulassung sind hoch. Fällt nun der einzige Vorteil der relativ hohen Preise weg, könnten aktuelle Anbieter aus dem

Generikageschäft aussteigen, so die Sorge.

Andererseits wächst die Opposition von unerwarteter Seite: der Krankenversicherer. Zwar wird das Vorhaben, die Generikapreise zu senken, unterstützt. Die Krux liegt aber in der Umsetzung. Für Pius Zängerle, Direktor von Curafutura, ist der Weg des Bundesrats ungangbar: «Das Modell ist kompliziert und bürokratisch.» Wo genau der Referenzpreis in Zukunft liegen wird, hängt nicht nur vom Preis der Generika in Vergleichsländern ab, er bemisst sich auch am Markt volumen des Wirkstoffs und der Anzahl Medikamente mit gleichem Wirkstoff auf dem Schweizer Markt. Zängerle sagt, der Bundesrat habe die Chancen eines besseren, ein facheren, eines wettbewerblichen Modells verpasst.

Der Versicherungsverband Santésuisse hätte einem wettbewerblichen Modell ebenfalls den Vorzug gegeben. Er schätzt aber, dass auch das Bundesratsmodell je nach Umsetzung zu Einsparungen von bis zu 400 Millionen Franken führe und es deshalb zu befürworten sei. Dennoch schwindet die Unterstützung fürs Projekt.

Wacklige Hoffnung auf Unterstützung im Parlament

Noch geben einzelne Parteien an, das Projekt zu befürworten. Ob die Unterstützung über ein Lippenbekenntnis hinausgeht, müssen sie beweisen, wenn die Vorlage ins Parlament kommt – und die Interessenverbände ihr Lobbying aufziehen. Grund genug gäbe es für eine Unterstützung: Im Gesundheitsbereich lässt sich an kaum einem anderen Ort so einfach sparen wie bei den Medikamenten.

Das zeigen nicht zuletzt die anderen Massnahmen, die der Bundesrat gestern beschlossen hat (siehe unten). Auch in diesen Bereichen bläst Berset ein scharfer Wind entgegen.



Originalmedikamente oder Generika? Der Unterschied liegt nur beim Preis. Bild: Georgios Kefalas/Keystone

Bussen bis zu 20 000 Franken

Ärzte, Spitäler und Therapeuten müssen künftig den Patienten zwingend eine Rechnungskopie zustellen. Nur so lässt sich überprüfen, ob die in Rechnung gestellten Leistungen auch tatsächlich erbracht wurden. Gerade Spitäler verzichten häufig auf das Ausstellen einer Rechnung. Für viele Patienten ist diese schwer entzifferbar. Der Bundesrat will zudem Fehlverhalten nicht länger tolerieren. Leistungserbringer, die sich nicht an die Vorgaben des Gesetzes halten, sollen neu mit Bussen bis zu 20 000 Franken bestraft werden können. Diese kann ausgesprochen werden, wenn Ärzte keine Rechnungen ausstellen, den Qualitätsanforderungen nicht genügen oder nicht wirtschaftlich arbeiten.

Experimente erwünscht

Der Bundesrat will innovative Pilotprojekte fördern und dafür einen Experimentierartikel erlassen: Kantone, Krankenkassen und Ärzte sollen auch ausserhalb des geltenden Gesetzes neue Modelle erproben können, die beispielsweise zu mehr Effizienz, höherer Qualität oder geringeren Kosten führen. Solche Projekte will er zeitlich und räumlich begrenzen.

Tarifreform erleichtern

Das Abrechnungssystem für Ärzte und Ambulatorien gilt schon lange als veraltet. Doch die Tarifreform war lange blockiert. Der Bundesrat will die zuständigen Krankenkassen und Leistungserbringer stärker in die Pflicht nehmen: Sie müssen Daten liefern, die Kosten über Verträge besser steuern und für ärztliche Leistungen Pauschalen entwickeln.

Macht den Versicherern

Krankenkassen erhalten ein Beschwerderecht, falls sie mit der Spitalplanung des je weiligen Kantons nicht einverstanden sind. Heute müssen die Versicherer einen Grossteil der Kosten im Gesundheitswesen übernehmen, können aber kaum Einfluss auf das Angebot im ambulanten Bereich nehmen, um eine mögliche Überversorgung zu verhindern.

Kostenbremse 2020

Anfang nächstes Jahr lanciert der Bundesrat ein zweites Massnahmenpaket, das als Hauptmassnahme eine Zielvorgabe für die Kosten im Gesundheitswesen beinhaltet. Der Bundesrat wollte sich gestern nicht dazu äussern, wie diese ausgestaltet werden soll. Umstritten ist etwa, ob ein Verpassen der Kostenziele zu Sanktionen führt.

Gleichen Tags erschienen in: Luzerner Zeitung Gesamt, St. Galler Tagblatt Gesamt, Zofinger Tagblatt, Schaffhauser Nachrichten

© Aargauer Zeitung Gesamt